

Ulrich Busch

Abstieg West durch Aufbau Ost ?

Seit der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland ist die Lage im Osten Gegenstand der wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Debatten, wie sie in der Politik und den Medien, aber auch unter Experten und in privaten Zirkeln, geführt werden. Selten ging es dabei bisher um Erfreuliches, um Erfolge etwa beim *Aufbau Ost* oder um Fortschritte bei der Anpassung der Wirtschaft an westdeutsche Standards. In der Regel überwogen eher die schlechten Nachrichten wie das Ausbleiben des wirtschaftlichen Aufschwungs, die Krise am Arbeitsmarkt, das Fehlen von Ausbildungsplätzen, die Abwanderung von Berufseinsteigern u.a.m. Da diese Nachrichten zumeist mit der Forderung nach mehr Solidarität für den Osten, das heißt, mehr Geld für den *Aufbau Ost*, mehr Transferleistungen, mehr Finanzausgleichszahlungen usw., verbunden waren, und dies wiederum höhere Steuern und Beiträge nach sich zog, den Anstieg der Staatsverschuldung forcierte usw., wurde das Thema „Ost“ zunehmend unpopulär. Es verschwand nach und nach aus den Schlagzeilen und den Talkshows, ungeachtet seiner Relevanz für die gesamtdeutsche Entwicklung.

Nach den Feierlichkeiten zum Vereinigungsjubiläum im Oktober 2000 und der im Jahr darauf erfolgten Verabschiedung des *Solidarpakts II* glaubte man, dieses Problem endgültig erledigt zu haben. Dies erwies sich jedoch als eine klare Fehleinschätzung: Das Thema „Ost“ ist in die öffentlichen Debatten zurückgekehrt und bestimmt gegenwärtig die politische Diskussion mehr denn je. Gründe dafür gibt es mindestens zwei,

zum einen das Scheitern des *Aufbau Ost* und die drohende Gefahr, dass Ostdeutschland wirtschaftlich und sozial vollends abgehängt und zum *Mezzogiorno* Deutschlands wird. Und zweitens die Angst des Westens, durch den Osten finanziell überfordert und dadurch schließlich in seinen eigenen Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigt zu werden. „Abstieg West“ durch „Aufbau Ost“, so brachte es der *Spiegel* kürzlich auf den Punkt. Und weiter: „Der Osten steht still – und der Westen stürzt ab, weil er die Milliardenentransfers längst aus der eigenen Substanz begleichen muss ... So werden jährlich rund 90 Milliarden Euro ... aus dem produktiven Kern der westdeutschen Wirtschaft entnommen – um im Osten weitgehend wirkungslos zu verfließen.“ (*Der Spiegel* 15/2004: 25) Damit ist das Tabu gebrochen und die vermeintliche Ursache für die Wachstumsflaute in Deutschland beim Namen genannt: die Milliardenentransfers für den Osten sind schuld! – Die Konsequenz liegt auf der Hand: Die Transferzahlungen müssen gekürzt werden! Zumal sie ohnehin kaum etwas bewirkt haben und der Osten sich als „Fass ohne Boden“ erwiesen hat.

Andere Autoren urteilen hier vorsichtiger, denken aber durchaus ähnlich: Die Misere im Osten zieht den Westen – und damit ganz Deutschland – wirtschaftlich und sozial zunehmend nach unten. Es wird daher höchste Zeit, beim *Aufbau Ost* eine „Kurskorrektur“ vorzunehmen und die Finanztransfers wenn nicht zu stoppen, dann doch zumindest neu auszurichten und in ihrem Umfang spürbar zu reduzieren.

1. Fehlleistung Aufbau Ost

Den Hintergrund für die Debatte um den gescheiterten *Aufbau Ost* und die West-Ost-Transfers bildet die seit mehr als drei Jahren anhaltende Stagnation der deutschen Wirtschaft – ein wahrhaft düsterer Fakt, der sich auch durch die schwache Konjunkturbelebung in diesem Jahr nicht wesentlich aufhellen wird. Vermutlich gibt es hier auch in den kommenden Jahren keine spektakulären Erfolge zu vermelden, so dass die Lage angespannt bleibt und sich eine Besserung nur langsam und zudem sehr verhalten abzeichnet.

In Deutschland wurde es offensichtlich versäumt, Wirtschaft und Gesellschaft rechtzeitig und vorausschauend zu modernisieren und auf die neuen Bedingungen in der Welt einzustellen. Und das nicht nur in den letzten Jahren, unter Rot-Grün, sondern bereits unter der konservativ-liberalen Regierung Helmut Kohls. Wiederholt gab es Ansätze, das Wirtschafts- und Sozialsystem der *Sozialen Marktwirtschaft* zu reformieren. Aber, statt die unabweislichen Reformen auf den Gebieten Bildung, Arbeit, Alterssicherung, Gesundheit, Steuerrecht, Wirtschaftsförderung, Länderstruktur, Regionalentwicklung usw. zügig anzugehen, die Probleme zu diskutieren und das, was Not tut, zu tun, überwogen Beharrungsvermögen und „Besitzstandsdenken“. Man glaubte, sich noch lange auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen zu können. Der Niedergang des realsozialistischen Konkurrenzmodells im Osten Deutschlands und im gesamten „Ostblock“ bestärkte diese Haltung und trug nicht wenig dazu bei, die „Reformresistenz“ und „Status-quo-Präferenz“ der alten Bundesrepublik, nun noch angereichert mit Siegerarroganz, Überlegenheitsposen und Besserwisserei, zu Stereotypen werden zu lassen.

Unter diesen Bedingungen war der Vollzug der deutschen Vereinigung nur als „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik denkbar, als „Anschluss“ oder „Über-

nahme“ der DDR an/in ein fertiges Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell (Gros 1994; Roesler 1999). Dies schränkte die Optionen für die Zukunft Ostdeutschlands von vornherein erheblich ein, denn die Vereinigung zielte somit weder auf ein *neues* Deutschland noch auf ein modifiziertes, auch die Erfahrungen der DDR berücksichtigendes Gesellschaftsmodell. Im Visier war lediglich eine um das Beitrittsgebiet vergrößerte Bundesrepublik alten Musters. Dies galt für *alle* gesellschaftlichen Institutionen, die ohne Rücksicht auf ihre Passfähigkeit und Effizienz dem Osten übergestülpt wurden, nicht zuletzt auch im Bereich der Wirtschaft, deren Umbau sich getreu dem vorgegebenen Muster vollzog.

Das heißt, der *Aufbau Ost* war von Anfang an als ein *Nachbau West* konzipiert – „ein tragischer Transfer, der den Osten heute genauso teuer zu stehen kommt wie die finanziellen Transferleistungen die westdeutsche Seite“ (Philipp 2004). Auf der Grundlage der durch die *Treuhand* in einem beispiellosen Akt von Tabula-rasa-Politik geschaffenen „Baufreiheit“ sollte im Osten eine der westdeutschen Wirtschaft adäquate, aber kleinteiligere, vor allem auf regionale und lokale Märkte ausgerichtete Wirtschaftsstruktur entstehen – wenig Industrie, kaum Forschung, dafür viel Handwerk und Dienstleistungen. Eine derartige Wirtschaft wäre keine Konkurrenz für die westdeutschen Unternehmen, aber vollständig abhängig von diesen.

Nach anderthalb Jahrzehnten *Aufbau Ost* unter der Regie der Bundesregierung und westdeutscher Konzerne ist dies genau das, was wir heute in den neuen Bundesländern vorfinden: eine kleinteilige Dependenzökonomie mit einem geringen überregionalen Exportanteil, einer relativ schmalen industriellen Basis und nur wenigen Forschungs- und produktionsnahen Dienstleistungszentren (IWH 2002: 88f.; Kowalski 2004), dafür aber viele Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, ausgerichtet auf lokale und regionale Märkte, die in ihrer Produktentwicklung

und Fertigung von westdeutschen Großbetrieben, Headquarters, Forschungszentren, Handelsketten und Banken abhängig sind. Dass auf dieser Basis kein selbsttragender Aufschwung möglich ist, versteht sich von selbst. Dass die ostdeutsche Wirtschaft zudem aber auch noch eine fragmentierte Struktur aufweist, große strukturelle Defizite besitzt, Standortnachteile und Wettbewerbschwächen, ist eine Folge des Verzichts der Regierung auf eine strukturbestimmende Wirtschaftspolitik. „Marktprozesse allein“, so die nunmehr erfolgte ordnungspolitische Einsicht im Gesprächskreis um Klaus von Dohnanyi, vermögen dies „nicht zu bewerkstelligen“ (Dohnanyi/Most 2004: 2). – Die Einsicht kommt spät, womöglich zu spät. Nichtsdestotrotz ist sie zutreffend.

Vierzehn Jahre nach dem Ende der DDR bietet Ostdeutschland ein zwiespältiges Bild: Moderne Infrastruktur und neue Produktionsstätten neben verfallenden Industrieanlagen, neu erbaute Wohnsiedlungen inmitten entindustrialisierter Landstriche, aufwendig restaurierte historische Stadtzentren, Marktplätze, Rathäuser, Kirchen, Schlösser und Parkanlagen, umgeben von Abrissgebieten, Industriebrachen und verlassenen Dörfern. Neben zahlreichen positiven Beispielen gibt es mindestens ebenso viele negative. Das Nebeneinander von Positivem und Negativem macht es beinahe unmöglich, für die Region *als Ganze* eine gültige Aussage zu treffen. Licht und Schatten liegen allzu dicht beieinander und die persönliche Sicht wird jeweils durch zufällige Wahrnehmungen bestimmt. Versucht man jedoch anhand der vorliegenden Daten ein Gesamtbild zu konstruieren, eine makroökonomische Bilanz, so erweist diese sich per Saldo *als negativ*, so regional und strukturell differenziert sich dies im einzelnen auch darstellen mag.

So ist es nicht gelungen, Ostdeutschland zu einer wirtschaftlich prosperierenden Region zu entwickeln, zu einer Aufbau- und Aufholregion mit dynamischem Wirtschaftswachstum, einem Vorsprung

an Produktivität, innovativ und wettbewerbsfähig, führend in Bildung und Forschung, bei Zukunftstechnologien. Ganz im Gegenteil: Der Osten ist heute weder eine blühende Wirtschaftslandschaft noch eine innovative Bildungs- oder Forschungsregion; er ist kein Zuzugsgebiet, kein Magnet für Investoren, kein Ort für junge Menschen, kein Vorbild für andere Länder und Regionen. Er ist daher auch kein „Zukunftsmodell“, im Sinne einer Vorwegnahme postindustrieller Entwicklung, wie einige Sozialwissenschaftler glauben (Engler 2002; Busse/Dürr 2003). Als eine weitgehend deindustrialisierte, fragmentierte und wirtschaftlich unterentwickelte Region ist der Osten auf dem besten Wege, zum *Mezzogiorno* Deutschlands zu werden. Bereits heute gehört er zu den größten Problemzonen Europas – charakterisiert durch die typischen Merkmale derartiger Regionen wie Unterbeschäftigung, Billiglöhne, Abwanderung, Überalterung und Verarmung. Finanziell „am Tropf“ des Westens hängend, verkörpert Ostdeutschland heute, nach vierzehn Jahren Aufbauarbeit, eine typische Transfergesellschaft – und dies nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial und mental (Busch 2002a). Seine Bedeutung für den Westen scheint sich inzwischen in seiner Bestimmung als *Abatzmarkt* und *Arbeitskräftereservoir* zu erschöpfen. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union wird Ostdeutschland zudem zur wichtigsten Transitregion Europas, was zugleich etwas über die eigentliche Zwecksetzung des intensiven Infrastrukturausbaus seit 1990, als dem Hauptfeld des *Aufbau Ost*, verrät.

Das negative Gesamtbild des Ostens wird insbesondere von drei Problembereichen bestimmt, der Demographie, der Wirtschaftsentwicklung und der Transferabhängigkeit.

Der erste Punkt betrifft neben dem dramatischen Rückgang der Geburtenrate vor allem die Abwanderung, ein Trend, der seit 1989 ungebrochen ist und der sich zuletzt sogar noch verstärkt hat. Insgesamt kehrten rund 3 Millionen

Menschen dem Osten den Rücken, zumeist für immer. Dass im Gegenzug etwa halb so viele den umgekehrten Weg wählten, also von West nach Ost zogen, ändert hieran nur wenig, denn die, die gehen, sind zumeist junge Menschen im arbeitsfähigen Alter, zunehmend auch junge Frauen, während die, die kommen, dies mehrheitlich nicht sind. Ökonomisch bedeutet diese Entwicklung eine Katastrophe, denn der Osten verliert auf diese Weise sein Humankapital und seine Zukunft *in einem*: Die Bevölkerung schrumpft, von einst 16,6 Millionen (1989) auf 14,5 (2010) – und dann weiter, auf dreizehn, zwölf, zehn Millionen. Dieser Prozess ist irreversibel; er lässt sich bestenfalls verlangsamen. Zugleich altert die Bevölkerung überproportional, so dass im Jahr 2030 mehr als ein Drittel der Ostdeutschen im Rentenalter sein wird.

Um das Ausmaß dieser Veränderung begrifflich zu machen, ist es hilfreich, sich die Hochrechnung für bestimmte Gebiete vor Augen zu führen. So ging die Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts von knapp 3 Millionen (1989) bis heute auf 2,5 Millionen zurück. Im Jahr 2020 werden es nur noch 2 Millionen sein und 2050 weniger als 1,5 Millionen – ein Rückgang von 50 % innerhalb von nur zwei Generationen! (Bullerjahn 2004: 26ff.) Da für ganz Deutschland bis 2050 ein Rückgang von 9 % prognostiziert ist, wird deutlich: Die „demographische Katastrophe“, von der allenthalben die Rede ist, findet *im Osten* statt, hier aber mit einschneidenden Konsequenzen für Wirtschaft, Bildung, Lebensniveau und Kultur.

Das zweite Problem, die Wirtschaftsentwicklung, lässt sich unter zwei Aspekten diskutieren, als *absolute* und als *relative* Veränderung, letztere bezogen auf Westdeutschland. Wesentlich ist der relative Aspekt, da sich nur hieran der Grad der Konvergenz, der Stand des Zusammenwachsens beider Landesteile, festmachen lässt. Setzt man als Kriterium für eine derartige Analyse die Bruttowertschöp-

fung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, so lassen sich in der Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands bisher drei Phasen unterscheiden: Zunächst die Crash-Phase (1990 – 1991), in welcher das BIP-Ost um ca. 40 % zurückging und sich folglich der Abstand gegenüber dem Westen merklich vergrößerte. Darauf folgte eine Stabilisierungs- und Aufbauphase (1992 – 1995), in welcher die ostdeutsche Wirtschaft durchschnittlich um neun Prozent wuchs, genug, um die Verluste der Vorjahre wieder auszugleichen und mit dem Aufholprozess zu beginnen. Diese Entwicklung brach jedoch 1996 abrupt ab. Seitdem erleben wir eine dritte Phase, gekennzeichnet durch minimales Wachstum, Stagnation oder Rezession. Da das Wirtschaftswachstum seit 1997 im Osten deutlich schwächer ist als im Westen, wird der Abstand nicht kleiner, sondern wieder größer. Statt Konvergenz finden wir Divergenz, statt Integration Polarisierung: ökonomisch war die deutsche Vereinigung ein Fehlschlag.

Zusammenfassend wird deutlich, dass sich der *Aufbau Ost* bisher im wesentlichen als ein struktureller Umbau und produktivitätsfördernder Modernisierungsprozess vollzogen hat. Als Wachstumsprozess führte er dagegen nur wenig über das Niveau von 1989 hinaus. Seit 1996 verharrt das ostdeutsche BIP je Einwohner bei ca. 62% des westdeutschen Referenzwertes. Dies zeigt sich tendenziell auch bei anderen Kennziffern, von den Investitionen bis zu den Einkommen und dem Konsum, hier jedoch auf höherem Niveau (Priewe 2004; Busch 2002b). Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen, wo Westdeutschland seit 1997 höhere Quoten (je Einwohner) verzeichnet als Ostdeutschland (StaBA 2003). Damit sind die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre gestellt, die Konsequenzen für die Löhne, Renten, Konsumausgaben usw. werden nicht lange auf sich warten lassen, so dass sich auch

hier der Trend umkehrt und nicht mehr die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West das Bild bestimmt, sondern die zunehmende regionale Differenzierung.

Das dritte Problem, die Transferabhängigkeit, ist eine direkte Folge der wirtschaftlichen Unterentwicklung Ostdeutschlands und des Scheiterns des Aufholprozesses. Unmittelbarer Ausdruck dessen ist die sogenannte Produktionslücke, das heißt, das Zurückbleiben der Produktion hinter den Einkommen und dem Verbrauch. Geschlossen wird diese Lücke mittels öffentlicher *Transfers* und privater Kapitalzuflüsse. Auf diese Weise fließen jährlich für mehr als 100 Milliarden Euro Güter sowie öffentliche und private Finanzmittel von West nach Ost. Knapp die Hälfte der öffentlichen *Transfers* sind Sozialausgaben, etwa ein Drittel Aufwendungen für staatliche Einrichtungen; der Anteil der Infrastrukturausgaben lag zuletzt bei 13%, der für Wirtschaftsförderung bei 9% (IWH 2003). Insgesamt decken die *Transfers* rund ein Viertel der ostdeutschen Nachfrage.

Erklärtes Ziel der Transferzahlungen ist es, den Bundesbürgern im Osten die laut Grundgesetz garantierten gleichwertigen Lebensverhältnisse zu ermöglichen, auch wenn die Wirtschaftsleistung hier geringer ist als im Westen. Darüber hinaus sollen sie die Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern fördern. Ihre *tatsächliche* Wirkung ist jedoch zwiespältig: Einerseits ermöglichen sie, dass im Osten mehr verbraucht als produziert wird, andererseits aber blockieren sie gerade dadurch die Entwicklung Ostdeutschlands als Produktionsstandort. Letzteres erklärt sich daraus, dass die Finanztransfers in einen ökonomischen Kreislauf eingebunden sind, dessen primärer Teil nicht der Geld-, sondern der Güterfluss von West nach Ost ist, der *Realtransfer*. Das Geld vermittelt diesen lediglich, fließt selbst aber als Erlös in den Westen zurück, um dort als Einkommen, Gewinn, Ersparnis, Steuer usw. wirksam zu werden. Auf dieser Grundlage expandiert die

Produktion *im Westen*, entstehen dort Arbeitsplätze, Investitionen, Einkommen usw., während der Osten lediglich einen höheren *Konsum* verzeichnet, in seiner Entwicklung jedoch auf der Strecke bleibt.

Das positive „Echo“ der *Transfers* war in Westdeutschland vor allem in den ersten Jahren der Einheit durch die Übernahme des ostdeutschen Marktes und der Exporte nach Osteuropa zu spüren. Damals betrug der westdeutsche Lieferüberschuss mehr als die Hälfte des ostdeutschen BIP. Bis heute aber funktioniert der Transferkreislauf, so dass die westdeutsche Wirtschaft einen *dauerhaften Niveaueffekt* verzeichnet, mit allen positiven Auswirkungen für Beschäftigung, Einkommen, Steuereinnahmen usw. Auf dieser Grundlage entstanden im Westen ca. 1,5 Millionen Arbeitsplätze; allein die zusätzlichen Steuer- und Beitragseinnahmen betragen jährlich mehr als 40 Milliarden Euro, die den Belastungen durch die Finanztransfers gegenzurechnen sind (Müller 1998; Burda/Busch 2001).

Die innere Logik des Transfermechanismus ist spätestens seit der Analyse der fatalen Wirkungen der Reparationszahlungen Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg durch John Maynard Keynes (1929) sowie durch die Arbeiten Gunnar Myrdals zur Ökonomik unterentwickelter Regionen (1957) bekannt und war daher vorhersehbar. Weitere Lehren sind den missglückten Versuchen einiger Länder der „dritten“ Welt zu entnehmen, über eine importgestützte Entwicklung via „Entwicklungshilfe“ Anschluss an die „erste“ Welt zu finden. Ostdeutschland ist dabei, ähnliche Erfahrungen zu machen, wenn es nicht gelingt, aus dem Teufelskreis der Transferabhängigkeit auszubrechen. Entscheidende Voraussetzung dafür ist die Rückeroberung der Märkte und die Steigerung des Exports, was unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen jedoch kaum möglich erscheint.

Wie es zu dieser verfahrenen Situation gekommen ist, ist im Prinzip bekannt: Neben der *Währungs-, Wirtschafts- und*

Sozialunion, wodurch zwei ganz unterschiedliche Wirtschaftsräume über Nacht in einen einheitlichen Währungsraum gepresst wurden, mit fatalen Folgen für die schwächere Wirtschaft Ostdeutschlands, sind hier vor allem die Modalitäten der Wiedervereinigung anzuführen – von der undifferenzierten Ausgrenzung ostdeutscher Eliten bis hin zur Massenarbeitslosigkeit und übermäßigen Entwertung des Human- und des Sachkapitals. Darüber hinaus ist es aber auch der Transfermechanismus, der für den Osten keine selbsttragende ökonomische Entwicklung generiert, sondern eine solche eher blockiert, der westdeutschen Wirtschaft aber ihren Vorsprung lässt, in der Produktion ebenso wie auf den Märkten (Busch 2002a: 281ff.).

Neben diesen Erklärungsansätzen gibt es für das Scheitern des *Aufbau Ost* weitere Gründe. So ist die Tatsache, dass es in anderthalb Jahrzehnten nicht gelungen ist, Ostdeutschland trotz Wirtschaftsförderung und massiver Investitionshilfen zu einer selbsttragenden Entwicklung zu verhelfen, offensichtlich auch darauf zurückzuführen, dass der eingeschlagene „fordistische Entwicklungspfad“ einer industriell geprägten Wachstums- und Vollbeschäftigungsgesellschaft im globalen Maßstab bereits obsolet geworden ist. Der *Aufbau Ost* als *Nachbau West* konnte an der Schwelle zum 21. Jahrhundert kein Erfolgsprojekt mehr sein, weil der Westen 1990 als Vorbild bereits überholt war und sein *Umbau* selbst schon auf der Tagesordnung stand. Dieser verzögerte sich dann jedoch infolge der deutschen Vereinigung und kommt erst jetzt, infolge der Krise, allmählich in Gang. Während Westdeutschland sich nunmehr – unter neoliberalem Vorzeichen – von einer Industrie- zu einer postindustriellen Gesellschaft entwickelt, steckt Ostdeutschland – als deindustrialisierte, fragmentierte und am Tropf hängende Ökonomie – in einer *Entwicklungsfälle*: Eine Rückkehr zur alten Industriegesellschaft ist nicht möglich, für einen Schritt nach vorn aber, hin zur

modernen Dienstleistungsgesellschaft, fehlen wesentliche Voraussetzungen. Vor allem fehlt das ökonomische Potenzial, gestützt auf eine effektive Bildung und Forschung und eine moderne Industrie, ohne welche keine selbsttragende Entwicklung möglich ist.

2. Kurskorrektur als Rolle rückwärts

Ohne eine Lösung der o.g. Probleme wird es für Ostdeutschland keine Zukunft geben. Es wird weiter am Tropf des Westens hängen und hinter den führenden Regionen Europas zurückbleiben. Zudem wird es künftig einem doppelten Druck ausgesetzt sein: von Seiten des Westens dem einer innovativen, leistungsfähigen Wirtschaftsgesellschaft mit hoher Produktivität und von Seiten des Ostens dem expandierender Volkswirtschaften mit niedrigen Kosten und geringen Sozialstandards. Dazwischen wird sich Ostdeutschland nur behaupten können, wenn es gelingt, wirtschaftlich einen *Entwicklungssprung* zu machen.

Dieser jedoch lässt auf sich warten. Mitte der 90er Jahre geriet der Aufbauprozess ins Stocken. Aus dem *Aufbau Ost* wurde der *Absturz Ost* (Spiegel 36/1995). Lange wollte man dies nicht wahrhaben, sprach von einer bloß temporären Stockung und schönte die Zahlen, wo es nur ging. Schließlich wurde die offizielle Berichterstattung darüber eingestellt. So konnte sich die Illusion „blühender Landschaften“ weiter behaupten. Ebenso das Märchen, dass es den Menschen im Osten dank der solidarischen Hilfe des Westens inzwischen schon besser gehe als denen im Westen (Mindt 2003: 151). Als Wolfgang Thierse zur Jahreswende 2000/2001 dann plötzlich mit der schockierenden These aufwartete, „der Osten stehe auf der Kippe“, fand er dafür kaum Verständnis, geschweige denn, dass die Politik darauf mit einem Kurswechsel reagiert hätte.

Inzwischen ist die Situation derart verfahren, dass der Politik kaum noch Möglichkeiten für eine Rettung des Ostens

eingräumt werden. „Die Lage ist ... zutiefst beunruhigend“ – so der Gesprächskreis v. Dohnanyi – „und es ist erschreckend, dass sich dies nicht in der Politik des Bundes widerspiegelt“ (Dohnanyi/Most 2004: 2). Wie sollte sie dies auch, wo doch der *Aufbau Ost* ganz offensichtlich gescheitert ist, als neoliberale Marktkonzept ebenso wie als Chefsache des Kanzlers. Einzelne Vorzeigeprojekte, temporäre Erfolge und positive Beispiele, die es zweifellos gibt, ändern dabei an der kritischen Gesamtschätzung der Lage nur wenig – und die ist *katastrophal*. Je mehr Zeit ins Land geht, um so unträglicher wird dies. Feststellungen, wie die der Bundesregierung im letzten *Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit*, wonach der „angestoßene wirtschaftliche Entwicklungsprozess auf dem richtigen Weg“ sei, es nur „länger“ dauere, bis der Erfolg sichtbar werde (Bundesregierung 2003: 12), vermitteln ein allzu euphemistisches Bild. Indem sie sich einseitig auf die positiven Beispiele berufen, spiegeln sie die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Situation in den neuen Ländern nicht realistisch wider.

Was jetzt Not tut, ist ein *neuer Ansatz*, ein neues Konzept, um der drohenden Verödung im Osten entgegenzuwirken. Da ein solches Konzept von der Bundesregierung kaum zu erwarten ist, hat sich ein Expertenkreis, bestehend aus 13 Managern, Politikern und Wissenschaftlern, zusammengefunden und ein entsprechendes Papier vorgelegt, worin die Bundesregierung dringlichst zu einer „Kurskorrektur“ aufgefordert wird. Ausschlaggebend für diese Initiative war, dass die Probleme des Ostens zunehmend „das ganze Deutschland entscheidend berühren“ (Dohnanyi/Most 2004: 28). Das Hauptaugenmerk der Ost-Experten gilt daher denn auch der Wachstumsschwäche der (west)deutschen Wirtschaft, deren entscheidende Ursache sie im verfehlten *Aufbau Ost* sowie in der Belastung Westdeutschlands durch die Transferzahlungen sehen.

Im *Spiegel* wurde diese Aussage dahingehend kolportiert, dass anstelle des tatsächlichen Volumens der Transferleistungen die Bruttozahlungen addiert wurden, seit 1991 sind dies rund 1.250 Milliarden Euro (*Der Spiegel* 15/2004: 25). Bereinigt man diese Größe um die Steuereinnahmen des Bundes im Osten, so erhält man eine Nettogröße von etwa 900 Milliarden Euro. Aber auch diese Größe ist nicht gleichzusetzen mit den Kosten des *Aufbau Ost*, da der größte Teil dieser Mittel ganz normale innerstaatliche Transfers sind, wie sie auch in den alten Bundesländern anfallen. Dort käme nur niemand auf die Idee, sie gesondert als „Transfer“ auszuweisen. Der Anteil der Sonderleistungen für Ostdeutschland beläuft sich, verschiedenen Berechnungen zufolge, auf höchstens ein Viertel der Gesamttransfers (Busch 2002: 271ff.), was in etwa dem Leistungsumfang des Solidarpakts I (262 Mrd.) entspricht. Derart korrigiert, relativiert sich die Transferbelastung für den Westen ganz erheblich: Der Anteil der Nettotransfers am westdeutschen BIP liegt bei 4,3%, der der Sonderleistungen bei 1,3% – keine Größenordnung also, die den Westen „wirtschaftlich herunterzieht“ (Pohl 2004: 1). Zumal dieser finanziellen Belastung der ökonomische Vorteil gegen zu rechnen ist, den der Westen seit 1990 aus dem Osten zieht. Am stärksten wiegt dabei die marktbeherrschende Präsenz westdeutscher Unternehmen im Osten und die Zuwanderung ostdeutscher Arbeitskräfte. Beides aber findet im o.g. Papier keine Erwähnung, wo doch aber genau hier die erforderliche Kurskorrektur ansetzen müsste.

Vorgeschlagen wird dagegen, die im Rahmen des Solidarpakts II für den Zeitraum 2005 bis 2019 zugesagten Mittel in Höhe von 156 Milliarden Euro nicht für den weiteren Ausbau der Infrastruktur zu verwenden, sondern für die direkte Unternehmensförderung bei Konzentration dieser Mittel auf Wachstumskerne und Cluster mit hoher Wertschöpfungsintensität. So richtig dieser Ansatz ist, seine

Wirkung ist allein schon durch die Begrenztheit der Mittel stark eingeschränkt. Die Vorschläge der Autoren gehen deshalb auch viel weiter: Im Zentrum ihres „Masterplanes“ soll die Ausgestaltung Ostdeutschlands als „Sonderwirtschaftszone“ stehen sowie – besonders dringlich – die Errichtung einer „Sonderwirtschaftszone Grenzregion“. Dem liegt die andernorts gemachte Erfahrung zugrunde, dass für die Gewinnung externer Investoren die „steuerliche Förderung weit wirksamer sein kann als z. B. (der) Infrastrukturausbau“ (Dohnanyi/Most 2004: 20). Es war daher ein schwerwiegender Fehler – so das Papier –, dass die Bundesregierung 1990 jede spürbare Steuerpräferenz für die neuen Bundesländer abgelehnt hat. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass sie, wie Dietrich Genscher am 18. April 2004 im ARD-Fernsehen bemerkte, voll und ganz im Interesse der westdeutschen Wirtschaft gehandelt hat, welche an einem Absatzmarkt im Osten interessiert war, nicht aber an ostdeutscher Konkurrenz. Sollte dies heute anders sein?!

Eine „Sonderwirtschaftszone Ost“ würde sich jedoch nicht auf steuerliche Erleichterungen beschränken, sondern zudem weitreichende Deregulierungsschritte in den Bereichen Bau, Umwelt und Arbeit umfassen, ferner eine „deutlichere Sparstrategie im öffentlichen Dienst“ und „erweiterte Privatisierungen“, die breite Einführung von Niedriglöhnen sowie längeren Arbeitszeiten.

Berücksichtigt man, dass Ostdeutschland mit seinen niedrigen Löhnen, Subventionen und zahlreichen diskriminierenden Sonderregelungen *de facto* schon jetzt ein Sonderwirtschaftsgebiet ist, so lassen sich die Vorschläge zur Errichtung einer „Sonderwirtschaftszone“ nur als Versuch der endgültigen Abkopplung des Ostens vom Westen interpretieren. Ein „flächendeckender Anschluss“ an den Westen sei, so Helmut Seitz, Mitglied des „Gesprächskreises“, ohnehin *keine* Option mehr für den Osten (Seitz 2003: 6). Als Sonderwirtschaftszone wäre Ost-

deutschland Experimentierfeld für einen ungezügelten deregulierten Kapitalismus, für weitere Lohnsenkungen, einen forcierten Sozialabbau und die Beschneidung verfassungsmäßiger und sozialgesetzlich verankerter Rechte. Es ist nicht auszuschließen, dass sich ein solches Vorgehen für die Unternehmen kurzfristig auszahlt und sich dies in exorbitanten Gewinnzuwächsen, Investitionen und Arbeitsplätzen niederschlägt. Aber zu welchen Bedingungen und für welchen Preis?

Derzeit liegen die effektiven Arbeitseinkommen in der ostdeutschen Industrie bei 62,1% des westdeutschen Niveaus (Schäfer 2002: 633). In den Dienstleistungsbranchen ist die Lohnlücke zwischen Ost und West noch größer. Würde man, wie vorgeschlagen, für eine „wettbewerbsorientierte Lohnfindung“ nun zusätzlich auch noch die im Osten mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit mit heranziehen, so liefe dies auf eine noch stärkere Lohnlücke hinaus. Zusammen mit den Auswirkungen der *Agenda 2010* und den *Hartz-Gesetzen* würde der Osten dadurch *als Ganzes* zu einem Niedriglohngebiet werden, mit absehbaren Konsequenzen für das Lebensniveau, die Kultur – und die Abwanderung.

Inwieweit *Lohnsubventionen* ein geeignetes Mittel wären, von der Kostenseite her entlastend zu wirken und von der Verteilungsseite her stabilisierend, bliebe zu prüfen. Für eine Übergangsfrist und regional begrenzt wären sie möglicherweise ein denkbarer Weg, um bestimmte Probleme in den Grenzregionen in den Griff zu bekommen. Flächendeckend angewandt aber und auf Dauer, würde ihr Einsatz eine Anpassung der Löhne nicht mehr an das Westniveau, sondern an das Niveau der Nachbarländer im Osten nach sich ziehen. – Aber so sind die Vorschläge für eine „dem Aufbau-Ost angemessenen Lohnstrategie“ und einer „Sonderwirtschaftszone Grenzregion“ letztlich wohl auch zu verstehen. Übersehen wird dabei jedoch, dass gerade in wirtschaftlich schwach entwickelten Gebieten wie dem

östlichen Grenzland regionale Wirtschafts- und Einkommenskreisläufe die entscheidende ökonomische Basis bilden. Vorschläge zur Stärkung derartiger Regionen müssen deshalb bei den Einkommen vor Ort anknüpfen. Brechen diese weg, so würde auch eine effiziente Produktion den wenigen Unternehmen in diesen Gebieten wenig nützen. Der wirtschaftliche Kollaps wäre unausweichlich. Im übrigen lässt sich eine wirtschaftliche Sonderentwicklung nicht herbeisubventionieren, sondern nur im Zusammenhang mit einem gesamtdeutschen Wirtschaftsaufschwung erreichen. Dafür jedoch wäre eine andere als die gegenwärtig praktizierte, auf kurzfristige Markteffekte gerichtete und einseitig an Gewinninteressen orientierte, neoliberale Wirtschaftspolitik erforderlich. Im Osten wie im Westen.

Literatur

- Berg, Stefan et al.: Tabuzone Ost, in: *Der Spiegel*, Nr. 15/2004, S.24-41.
- Bullerjahn, Jens (2004): *Sachsen-Anhalt 2020. Einsichten und Perspektiven*, hrsg. vom SPD Landesverband Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
- Bundesregierung (2003): *Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit*, Berlin.
- Burda, Michael/Busch, Ulrich (2001): West-Ost-Transfers im Gefolge der deutschen Vereinigung, in: *Konjunkturpolitik*, 47 (2001) 1, S. 1-38.
- Busch, Ulrich (2002a): *Am Tropf - Die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin.
- (2002b): Mezzogiorno Ost! Na und?, in: *Berliner Debatte INITIAL* 13, 5/6, S. 144-156.
- Busse, Tanja/Dürr, Tobias (Hg.) (2003): *Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance*, Berlin.
- Dohnanyi, Klaus von/Most, Edgar (2004): *Für eine Kurskorrektur des Aufbau Ost*, Berlin.
- Engler, Wolfgang (2002): *Die Ostdeutschen als Avantgarde*, Berlin.
- Gros, Jürgen (1994): *Entscheidung ohne Alternativen?*, Mainz.
- IWH (2002): *Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands*, Halle.
- (2003): Wie hoch sind die Transferleistungen für die neuen Länder?, *IWH-Pressemitteilung* 21/2003.
- Kowalski, Reinhold (2004): Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland - Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik, in: PDS (Hg.), *Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 1/2004, Berlin.
- Land, Rainer (2003): Ostdeutschland - fragmentierte Entwicklung, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 14, 6, S. 76-95.
- Mindt, Felix (2003): *Die Soli-Abzocke. Die Wahrheit über den armen Osten*, Frankfurt am Main
- Müller, Gerald (1998): Impulse der Wiedervereinigung auf die westdeutsche Wirtschaft, in: *Wirtschaftsdienst* 78 (1998), S. 357-363.
- Philipp, Dieter (2004): Für eine Modellregion Ost, in: *Handelblatt*, 27.04.2004, S. 9.
- Pohl, Rüdiger (2004): Die Wachstumsschwäche in Deutschland - ist der Osten schuld? - ein Kommentar, in: *IWH-Pressemitteilung* 15/2004.
- Priewe, Jan (2004): Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven, *Wiposchnelldienst des DGB* 7/2004.
- Roesler, Jörg: *Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte*, Frankfurt am Main 1999.
- Schäfer, Claus (2002): Ohne gerechte Verteilung kein befriedigendes Wachstum, in: *WSI Mitteilungen* 11/2002, 627-641.
- Seitz, Helmut (2003): *Thesenpapier zur Lage in Ostdeutschland und zur weiteren Vorgehensweise beim „Aufbau Ost“*, Frankfurt/O
- Statistisches Bundesamt (2003): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder*, Wiesbaden.